

## Kantonsbudget mit Sparpaket bewilligt

Die bürgerliche Ratsmehrheit hat dem Budget mit Defizit von noch 37,5 Millionen und einer Steuersenkung zugestimmt.

Marcel Elsener und Regula Weik

Die Ausgangslage am Dienstag wirkt reichlich absurd: Da diskutiert das Parlament über Sparmassnahmen, um die Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Gleichzeitig sollen die Steuern um fünf Prozentpunkte gesenkt werden - weil es die aktuelle Finanzlage des Kantons zulasse. Während die eine Hand 70 Millionen nicht ausgeben will, «verschenkt» die andere 70 Millionen aus, indem sie auf Steuereinnahmen verzichtet.

Die Budgetdebatten verlaufen seit Jahren gleich: Die Linke kämpft gegen Kürzungen - und läuft damit in den allermeisten Fällen bei den Bürgerlichen auf. Doch dieses Jahr kommt ein Sparpaket obendrauf. Und: So klar wie dieses Jahr sind die Fronten selten. Die Fraktionen von FDP, Die Mitte-EVP und SVP hatten sich nämlich bereits im Vorfeld geeinigt: Sie fordern eine Steuersenkung - und sie unterstützen geschlossen die Sparvorschläge der Finanzkommission. Diese hatte die Sparvorschläge der Regierung heftig kritisiert; sie gingen ihr zu wenig weit, waren ihr zu wenig nachhaltig. Kommissionspräsident Christof Hartmann (SVP) sprach von «Ohnehin-Massnahmen, Budgetkorrekturen und Verlagerungen auf die Gemeinden». Bei den Bürgerlichen tönte es durchwegs so: Der Wille, an der Effizienz zu arbeiten, fehle. Ein Umdenken in der Verwaltung tue not, um den Kanton fit für die Zukunft zu machen.

Die Linke zerpfückte die Argumente der Bürgerlichen und sprach von einer Politik «voller Widersprüche». Erst hätten diese ein strukturelles Defizit «herbeigeredet» und wegen einer besorgniserregenden Finanzlage ulti-



Der St. Galler Finanzchef Marc Mächler.

Bild: Benjamin Manser

der Ausbildung wird damit reduziert und das wird sich rächen».

Ihr Ideal eines schlanken Staates scheinen die Bürgerlichen trotz der Sparmassnahmen noch nicht erreicht zu haben. Sie lassen jedenfalls nicht locker - und erteilen der Regierung

Abbau des Staats», warnte SP-Fraktionspräsidentin Bettina Surber - verbittert. Und an die Adresse der Bürgerlichen fügte sie an: «Hören Sie auf, den Staat zu verteuern.»

Die Regierung erhielt vom Parlament noch einen zweiten Auftrag: Sie

Sie sei «aufgeblasen», so ihr Tenor. Neue Stellen werden denn auch seit Jahren kritisch beleuchtet - und meistens gestrichen. Bettina Surber warnte vor den Folgen, wenn über Jahre keine Stellen geschaffen werden: So könne das Baudepartement den aufgestauten

führen: Die Regierung male Jahr für Jahr den Teufel an die Wand, sagte Guido Etterlin (SP). Die dramatisch angekündigten Defizite gebe es nur in den Budgets, in der Rechnungen hätten sie sich jeweils verflüchtigt. So ist es auch 2021. «Wir werden mit einer schwarzen Null abschliessen», sagte Finanzchef Marc Mächler. Dies dank deutlich höherer Gewinnausschüttung der Nationalbank und dank höherer Steuererträge bei den juristischen Personen. Da hatte der Kanton mit einem Rückgang von 15 Prozent gerechnet, nun resultierte eine Zunahme von 2 bis 3 Prozent. «Das hätte ich nie für möglich gehalten.» Der Finanzchef räumte ein, dass die Budgetierung «nicht das Gelbe vom Ei» gewesen sei, weil statt der erwarteten 70 bis 80 Millionen aus dem Nationalbank-Gewinntopf schliesslich 240 Millionen eintrafen. «Eine gewisse Glättung macht Sinn.»

### Beim Budget geben lediglich die Pausenaufsichten zu reden

Nachdem der Rat den Entlastungsmassnahmen zugestimmt hat, dauert die Budgetdebatte am Nachmittag nur noch halb so lang. Am längsten diskutiert werden die Pausenaufsichten - also die rückwirkenden Entschädigungen für die Aufsicht durch die Kindergarten-Lehrkräfte, die vor Verwaltungsgericht erstritten wurde. Eine komplizierte rechtliche Sache, die aus Sicht der Regierung zulasten der Gemeinden ausging. Der Rat folgt mit 73 gegen 35 Stimmen jedoch dem Antrag der Finanzkommission, dass sich der Kanton an den Zahlungen zu 50 Prozent beteiligen und damit 2,4 Millionen Franken mehr Aufwand budgetieren muss.

Die Steuersenkung ist wie gesagt